



FEINDLICHE ÜBERNAHMEN IN DER WIRTSCHAFT WIRTSCHAFTSUMFELD UND WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG ERGEBNISSE DER REGIONALWAHLEN

■ ANALYSE		
„Schwarze Raider“: Feindliche Übernahmen in der russischen Wirtschaft		2
Von Alexander Tschepurenko, Moskau		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Daten zu Mergers & Acquisitions in Russland		6
■ DOKUMENTATION		
Russland in wirtschaftsbezogenen Länderratings		8
Teil 1: Wirtschaftssystem		8
Teil 2: Geschäftsumfeld		11
Teil 3: Korruption		16
Teil 4: Kreditwürdigkeit		18
Teil 5: Sozioökonomisches Entwicklungsniveau		19
■ STATISTIK		
Die Entwicklung der russischen Volkswirtschaft 1997 – 2006		20
■ DOKUMENTATION		
Ergebnisse der „Landtagswahlen“ in 14 Föderationssubjekten		21
■ CHRONIK		
Vom 9. bis zum 15. März 2007		23



Analyse

„Schwarze Raider“: Feindliche Übernahmen in der russischen Wirtschaft

Von Alexander Tschepurenko, Higher School of Economics, Moskau

Zusammenfassung

Fusionen und Übernahmen haben in den letzten Jahren auch in Russland im Rahmen der Konsolidierung und Internationalisierung der Wirtschaft des Landes zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die meisten dieser Deals vollziehen sich relativ friedlich und gemäß der geltenden Gesetze. Allerdings werden ca. 10% der Fälle als feindliche Übernahmen charakterisiert, bei denen im russischen Kontext häufig illegale Methoden zur Anwendung kommen. Zu den Methoden der ‚schwarzen Raider‘ gehört u.a. der Aktiendiebstahl, z.B. durch Kontrolle der Registrierungsinstanzen oder durch Scheinbuchungen und Transaktionen in den Geschäftsbüchern. Zentral ist die Kooperation mit korrupten Staatsorganen. Die wirtschaftliche Funktion der schwarzen Raider ist ambivalent. Einerseits zerstören sie rentable Unternehmen im kurzfristigen Gewinninteresse, andererseits übernehmen sie aber auch von alten Managern kontrollierte Unternehmen, um deren Effizienz zu steigern. Damit helfen sie, eine institutionelle Falle der ersten Privatisierungsphase zu verlassen.

Einleitung

Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions – M&A) haben in den letzten Jahren auch in Russland im Rahmen der Konsolidierung und Internationalisierung der Wirtschaft des Landes zunehmend an Bedeutung gewonnen. Letztes Jahr gehörte Russland bereits erstmals zu den zehn größten Märkten für M&A, wie Grafik 1 auf Seite 6 zeigt.

„Raidertum“ ist üblicherweise einer der Mechanismen des M&A-Prozesses. Dieser Prozess begleitet die Entwicklung der modernen Marktwirtschaft überall. Er ist meist damit verbunden, dass eine Offerte entweder an Topmanager oder an Klein- und Minderheits-Aktionäre einer Firma über die Köpfe der Topmanager hinweg gemacht wird (letzteres wird als feindliche Übernahme charakterisiert), um die eigene Vertretung in den obersten Gremien der Firma zu sichern. Diese wird zur Durchführung von Übernahmen bzw. zum Verkauf von wichtigen Teilbereichen des Geschäfts an Dritte gebraucht. Der Wert der M&A in Russland stieg im Jahre 2005 auf über 30 Mrd. US-Dollar und im Jahre 2006 dann auf rund 100 Mrd. US-Dollar. Tabelle 2 auf Seite 7 zeigt die größten Geschäfte dieser Art.

Die meisten dieser Deals vollziehen sich relativ friedlich und gemäß der geltenden Gesetze und üblichen Geschäftsnormen. Allerdings werden ca. 10% der Fälle (mit einem Anteil von ca. 5% am wertmäßigen Umfang der M&A) als feindliche Übernahmen charakterisiert, über die Tabelle 1 auf Seite 6 einen Überblick gibt. Davon entfiel fast die Hälfte auf ‚schwarze Raider‘.

„Schwarzes Raidertum“

Der wirtschaftliche Zweck der Raider-Tätigkeit besteht im Erwerb des Mehrwerts zwischen dem

Aktienwert und dem Wert des Sachvermögens, vor allem der Immobilien der Firma. Geht es der Firma finanziell schlecht, entsteht oft eine Situation, in der der Erwerb des Immobilienbesitzes des Unternehmens sehr viel teurer wäre als der des Aktien-Kontrollpaketes. Nach Erwerb des Aktien-Kontrollpaketes erhält der Raider die Möglichkeit, gegen den Willen der Manager und der ehemaligen Großaktionäre Entscheidungen zu treffen, u.a. über den Verkauf der Immobilien. Dadurch werden beträchtliche Summen erwirtschaftet.

In Russland und anderen GUS-Staaten weist dieser Prozess spezifische Merkmale auf: (a) es handelt sich meistens um eine *feindliche* Übernahme, (b) betroffen sind nicht unbedingt nur schwache Firmen, sondern auch solche, die profitabel sind, (c) die Übernahme wird nicht öffentlich, im Einklang mit geltendem Recht, sondern mithilfe rechtswidriger Praktiken ausgeübt (Betrug, Nutzung der Untreue der Manager, Fälschung von Papieren, Aktionärsbüchern etc.), d.h. also unter Einbeziehung der Dienstleistungen von so genannten ‚schwarzen Raidern‘, (d) solche Übernahmen wären ohne Lücken in der Gesetzgebung und/oder Korruption in Gerichtshöfen und Rechtsschutzorganen nicht möglich.

Zu den Methoden der ‚schwarzen Raider‘ gehört u.a. der Aktiendiebstahl, z.B. durch Kontrolle der Registrierungsinstanzen oder durch Scheinbuchungen und Transaktionen in den Geschäftsbüchern sowie sonstige Betrugsmethoden. Die Methoden sind oft sehr einfach. Im Tscheljabinsker Gebiet gab es z.B. einen Fall, wo der Registrierungsbehörde eine Festplatte zur „Überprüfung“ entwendet wurde. Als diese zurück kam, hatte die ‚Magnitogorsker Stahl‘ AG bereits eine andere Aktionärsliste. Die meisten Aktien der russischen Aktiengesellschaften existieren

per Gesetzesvorgabe nicht auf Papier, sondern sind lediglich als Datei gespeichert. Insofern ist es relativ einfach die Zusammensetzung der Aktionäre virtuell zu ändern, es bedarf lediglich einiger IT-Kenntnisse.

Nachdem sie sich so die Mehrheit der Stimmen sichern, berufen die Raider Aktionärsversammlungen ein, organisieren die Wahl von neuen Unternehmensgremien und leiten die Umstrukturierung oder den Verkauf von Unternehmensbesitz ein. In der Regel gelten vor allem unterbewertete Immobilien und sonstige Aktiva (z.B. Warenmarken) als Hauptziel. Die Gewinnrate von Raidern in Russland beträgt dabei laut Expertenschätzungen bis zu 1.000 %.

Den Impuls, um unterbewertete Immobilien mit allen Mitteln zu kämpfen, schafft vor allem die Immobilienpreissteigerung in den beiden russischen Metropolen Moskau und St. Petersburg sowie in weiteren Großstädten. Die Wertsteigerung von gewerblichen Immobilien betrug in den letzten Jahren mehrere Dutzend Prozent jährlich. Dies war bestimmt sehr viel mehr als die Profitsteigerung im regulären Geschäft der produzierenden Unternehmen. Die Gründe dafür sind auf der Angebotsseite eine immer noch defizitäre Lage am Immobilienmarkt, langwierige Prozeduren in der Bauwirtschaft (über 2 Jahre sind in der Regel notwendig, um alle juristischen Formalitäten vor dem Beginn eines großen Bauprojekts zu erledigen), hohe administrative Eintrittsbarrieren auf diesem Markt usw. Auf der Nachfrageseite ist vor allem ein Mangel an gewinnbringenden Investmentprojekten zu nennen, was in dem immer noch bürokratisch überregulierten Geschäftsklima kaum wundern kann.

Typische Beispiele für den Kampf um Immobilienbesitz sind die Übernahmen von zwei großen Moskauer Forschungsinstitutionen, des größten Projektinstituts in der Metallurgie ‚Gipromes‘ und des Forschungsinstituts der Reifenindustrie (NIISchP). Beide wurden von Raidern unter Nutzung krimineller Techniken des Aktien- und Immobiliendiebstahls angegriffen. Trotz juristischer Verfolgung der Initiatoren dieser beiden Deals blieb z.B. der Immobilienkomplex von NIISchP, übernommen im August 2004, bis Anfang Herbst 2006 unter Kontrolle der Raider, die Eigentümer und das Management hatten keinen Zutritt zum Territorium des Instituts.

Das Raidertum kann als eine Wachstumskrankheit der russischen Wirtschaft angesehen werden, wobei deren Höhepunkt, zumindest in den beiden Metropolen, offensichtlich überschritten ist. So wurden in Moskau 2004 insgesamt 177 mutmaßlich von Raidern initiierte Konflikte, einschließlich gewaltsamer Betriebsübernahmen registriert, im Jahr 2005 waren es 117, in der ersten Hälfte 2006 lediglich 49.

Größtenteils ist dies damit verbunden, dass unter dem Druck von Geschäftskreisen die Rechtsschutzorgane zielstrebigere Verfahren einleiten und die Raider verfolgen: allein in Moskau standen Anfang 2006 insgesamt 120 Personen unter Anklage, in St. Petersburg ca. 80. Trotzdem bleibt aber das Ausmaß dieser Erscheinung bedeutend: Mitte 2006 waren in Russland ca. 60 offene Konflikte verzeichnet, wobei es sich um Aktiva im Wert von über 3,5 Mrd. US-Dollar handelte.

Strategien der Raider

Wo kommen die Raider her? Gemäß dem besten Kenner der Szene, Juri Borisov, sind es Leute, die bis ca. 2002/2003 im Auftrag von Oligarchen-Holdings deren Aktiva durch Übernahmen von kleineren oder weniger erfolgreichen Firmen vergrößert haben. Mittlerweile besteht die Hauptaufgabe der Oligarchen-Holdings aber nicht mehr so sehr in einer weiteren Expansion, sondern eher darin, die bereits aufgebauten Imperien zu konsolidieren. Dazu braucht man Manager, nicht aber Spezialisten für feindliche Übernahmen.

So wurden Hunderte von hochqualifizierten Juristen, Ökonomen, Wirtschaftsprüfern sowie PR- und GR-Fachleute, die sich auf M&A spezialisiert hatten, zu Raidern. Sie waren gezwungen, ihre teuren Dienstleistungen auf dem Markt anzubieten. Gemäß den Angaben der Zeitschrift „Slijanija i pogloshenija“ gibt es in Russland derzeit 172 Raider-Teams.

Der Unterschied der jetzigen Raider-Affären zu den großen Umverteilungskämpfen der Oligarchen-Holdings Mitte der 1990er Jahre besteht hauptsächlich im Umfang der dazu notwendigen Finanzmittel. Ein durchschnittliches Raider-Budget beträgt heute ca. 1,5 bis 2 Mio. US-Dollar, so viel oder mehr wurde Mitte/Ende der 1990er allein in PR-Maßnahmen investiert. Ein anderer Unterschied ist nicht weniger bedeutend: die Oligarchen haben um die Vermehrung des eigenen Besitzes gekämpft, die Raider sind dagegen Dienstleister, sie versuchen potentielle Abnehmer zu finden und starten dann die Aktion für den Auftraggeber.

Eine der wichtigsten Ursachen des Erfolgs der ‚schwarzen Raider‘ ist die Korruption der Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane. Einen wichtigen Teil eines üblichen Raider-Projektetats machen Schmiergelder an Richter und Entscheidungsträger in Rechtsschutzorganen aus. Dabei spielen die staatlichen ‚Siloviki‘ oft die Rolle von Initiatoren von Raider-Attacken. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass Unternehmer, welche zum Objekt der Raider-Attacke geworden sind, oft nicht bereit sind, sich mit einer Beschwerde an die Rechtsschutzorgane zu wenden. Da viele von ihnen selbst genug ‚Leichen im Keller‘ haben und da die Eigentumsstruktur wenig transparent ist,

befürchten sie, dass eine solche Beschwerde lediglich dazu führt, dass statt der ‚schwarzen Raider‘ Vertreter der Staatsgewalt auf sie aufmerksam werden. Dabei könnten dann die Eigeninteressen der Staatsdiener zu Interessen des Gemeinwohls deklariert werden.

2005 und 2006 waren durch die Dominanz der ‚Rechtsschutz-Ressource‘ gekennzeichnet. In jedem der Konflikte nahmen, sowohl auf der Seite des Angreifers als auch des Angegriffenen, Vertreter der Rechtsschutzorgane teil. Auf beidseitige Initiative wurden mehrere Anklagen erhoben, wobei die Rechtsschutzorgane diese Konflikte als Gegenstand des eigenen Interesses betrachteten.

Abwehrstrategien

Eine effiziente Methode gegen die ‚schwarzen Raider‘ zu entwickeln heißt also, das Geschäft transparent und legal zu betreiben: keine „schwarzen Kassen“, keine dubiosen Konten bei Topmanagern etc. Solche Beispiele gibt es nunmehr auch in Russland! Der Moskauer Betrieb „Vodopribor“ ist binnen 4 Jahren 42 Mal von Raidern attackiert worden, da die Eigentumsstruktur die Tätigkeit von Raidern sehr begünstigt, die Aktien sind weit gestreut. Allerdings gelang es den Raidern nicht, die Abwehr der Manager zu durchbrechen, weil diese ihr Geschäft völlig legal und unter Berücksichtigung der Interessen von Aktionären und Kunden betrieben.

Eine andere Abwehrstrategie gegen ‚schwarze Raider‘ besteht in guten Kontakten zu staatlichen Strukturen. Wenn staatliche Organe plötzlich nach Informationen über Firmen fragen, ist dies als Warnsignal zu verstehen. Um aber ein solches Signal rechtzeitig zu erhalten, braucht die Firma „Freundschaftsbeziehungen“ zu Steuerbehörden, Register-Institutionen, der Miliz etc., mit allen also, die solche Signale als erste bekommen und frühzeitig an das Firmenmanagement weitergeben können. In dieser frühen Phase kann das Unternehmen z.B. eigene Aktien aufkaufen oder diese in Treuhandverwaltung übergeben, damit sie nicht willkürlich aufgekauft oder beschlagnahmt werden können. Weiterhin kann ein Unternehmen zum Schutz vor Raidern alle Immobiliengeschäfte blockieren, die Steuerorgane benachrichtigen, sie mögen Dritten keine Informationen über die Firma verfügbar machen, oder auch die Wirtschafts-Rechtsschutzorgane einschalten. Dadurch kann unter Umständen eine feindliche Übernahme durch ‚schwarze Raider‘ abgewehrt werden.

Selbstverständlich ist eine solche Abwehrkampagne ziemlich aufwändig und bedarf gut funktionierender Vertrauensverhältnisse zu unterschiedlichen – oft auf dem Markt der M&A gegenseitig konkur-

rierenden – staatlichen Behörden und einzelnen Entscheidungsträgern. Deswegen werden immer öfter die ‚schwarzen Raider‘ selbst eingeschaltet, um einer Raider-Attacke zu widerstehen. Mit der wachsenden Attraktivität der ‚schwarzen Raider‘ als gewinnbringende Tätigkeit ist die Konkurrenz auf diesem Markt gegen Mitte der 2000er Jahre immens gestiegen. Unter Berücksichtigung des Drucks seitens der oberen Staatsgremien und der sinkenden Rentabilität haben sich manche Vertreter des Markts entschlossen, sich als Bekämpfer der ‚schwarzen Raider‘ zu profilieren.

Üblicherweise versucht der Verteidiger mithilfe einer künstlich erzeugten Verschuldung der Firma, diese für eine feindliche Übernahme weniger attraktiv zu machen. Hat der ‚schwarze Raider‘ bereits ein Aktienpaket akkumuliert, startet man eine zusätzliche Aktienemission und kauft das zusätzliche Aktienpaket selbst, um möglichst Stimmrechte zu konsolidieren. Aber um zu garantieren, dass die Firma nicht erneut angegriffen wird, muß der Verteidiger das bereits aufgekaufte Aktienpaket unbedingt zurückkaufen.

Die Honorare der Verteidiger hängen von dem Angriffsstadium und der Kompliziertheit der Situation ab. Nach Experteneinschätzungen machen diese üblicherweise 5–20% des Marktwerts der angegriffenen Firma aus. Am teuersten wird die Abwehrkampagne, wenn der Raider bereits die Generaldirektoren und das Management ausgewechselt hat, in solchen Fällen kann der Abwehrkampf über 1 Jahr dauern und bis zu 50% des Marktwertes kosten. An die Raider werden Vorschüsse in Höhe von ca. 30.000 bis 50.000 US-Dollar gezahlt. PR-Maßnahmen und ‚richtige‘ Beschlüsse des Gerichtshofs werden extra bezahlt. Immer öfter wird die Belohnung in letzter Zeit nicht in Geldform, sondern in Form von Aktiva verlangt. Dies hat u.a. damit zu tun, dass die Verteidiger ihr Geschäft immer häufiger zur Gründung von eigenen kleinen Holdings auszunutzen versuchen.

Ein Beispiel für die fragwürdige Rolle staatlicher Behörden ist der Fall des Chemiekombinats „Togliattiazot“, das seit einigen Jahren unter dem Druck der ‚schwarzen Raider‘ steht. Merkwürdigerweise wurden die Attacken ihrerseits praktisch zur gleichen Zeit gestartet, als eine Anklage seitens Rosimushestvo, der staatlichen russischen Treuhand, an das Schiedsgericht des Gebiets Samara erhoben wurde. Rosimushestvo forderte, den Tausch von 6,1% der Aktien von „Togliattiazot“ gegen 51% der Aktien der „Transmiamiak“ AG, welcher Mitte der 1990er Jahre stattgefunden hat, zu annullieren. Dabei hatte Rosimushestvo bis dahin keine Einwände gegen den Privatisierungsprozess von „Togliattiazot“, es gibt sogar einen Sonderbeschuß der Regierung bezüglich

des Aktientausches zwischen den beiden Firmen, worin diese Transaktion gebilligt worden ist.

Trotzdem unterstützte das Schiedsgericht des Gebiets Samara die Anklage von Rosimushestvo. Im Laufe dieses Streites, welcher mehrmals durch Entscheidungen der oberen Gerichtsorgane zugunsten von „Togliattiazot“ korrigiert wurde, hat das Kombinat seit 2004 mehrmals unter Strafen und sonstigen Sanktionen gelitten. Dabei wurden unter anderem stimmberechtigte Aktien von staatlichen Behörden konfisziert. Es ist klar, daß unter solchen Umständen die Abwehrmöglichkeit des Kombinats gegen die Raider geschwächt wurden.

Die seit der Privatisierung bestehende lückenhafte rechtliche Legitimität der meisten großen und mittleren Unternehmen in Russland ist ein guter Nährboden für die Entwicklung des Raidertums. Doch auch die in der geltenden Gesetzgebung vorgesehenen Prozeduren erleichtern sowohl die Greenmail-Praxis als auch das Raidertum. So reicht z.B. eine einzige Aktie aus, um Information über die AG und deren Aktionäre zu bekommen (laut Art. 91 des Föderalen Gesetzes über die AG, Art. 8 des Föderalen Gesetzes über den Wertpapiermarkt) oder Einspruch gegen die Entscheidungen der Exekutivorgane der AG oder die von ihnen bewilligte Transaktionen einzuleiten, sowie gegen die Leiter der AG vor Gericht zu gehen. Auch kann ein Inhaber von 1% der Aktien gegen Topmanager, Vorstandsmitglieder oder Mitglieder des Direktorenrats vor dem Schiedsgericht eine Anklage initiieren, mit der Forderung nach Entschädigung für den Verlust, welcher durch deren Handlungen oder unterbliebene Handlungen entstanden ist (Art. 71 des Föderalen Gesetzes über die AG).

Es besteht kein Zweifel, dass diese formal demokratischen Regelungen die leitenden Gremien der AG bei Angriffen der Raider verwundbar machen. Es hat die Geschäftslobby mehrere Jahre gekostet, bis am 01.07.2006 schließlich Korrekturen zum Föderalen Gesetz über die AG eingebracht waren, welche die Raider-Chancen minimieren sollen. Die Neufassung des Gesetzes erlaubt es, Aktien von Minderheits-Aktionären ohne deren Zustimmung zu kaufen, wenn diese unter 5% der Aktien der betreffenden AG kontrollieren.

Resümee

Das „schwarze Raidertum“ ist als Teil eines komplexen Prozesses zu verstehen, nämlich der Kon-

solidierung und wirklichen Markterschließung vieler Unternehmen, die sich in Russland während der Privatisierung zwar in Aktiengesellschaften wandelten, aber nicht im eigentlichen Sinne privatisiert wurden, da die Kontrolle an Firmeninsider, insbesondere an das Management, ging. Der Unterschied dieser Form der Insider-Kontrolle zu privaten Unternehmen, die vom Eigentümer selbst verwaltet werden, besteht darin, dass in diesen Unternehmen den wirklichen Insidern nur Bruchteile der Aktien gehören, wobei aber jegliche Versuche einer effizienten „Einmischung von außen“, sei es von Investoren oder Hausbanken, abgewehrt werden.

Daraus ist einer der derzeit in der russischen Presse verbreiteten Mythen entstanden: Raider sind demnach die ‚Sanitäter‘, welche helfen, schlecht geführte ineffiziente Unternehmen in gute Hände zu überführen. Diese These vertreten auch die PR-Macher der Raider selbst. Das stimmt nicht, denn oft werden ausgerechnet rentable und erfolgreiche Unternehmen zum Ziel der ‚schwarzen Raider‘.

Eine entgegengesetzte Vorstellung (auch ein Mythos, der von potentiellen oder aktuellen Opfern verbreitet wird) besteht darin, dass die ‚schwarzen Raider‘ nie an einer effizienten Weiterführung des Geschäfts, sondern lediglich am einmaligen Verkaufsgewinn der übernommenen Aktiva und Rechte interessiert wären. Eine effiziente Verwaltung der feindlich übernommenen Firma seitens der Raider oder deren Auftraggeber ist durchaus möglich, allerdings nur, wenn durch die Übernahme keine spekulativen, sondern strategische Ziele realisiert wurden, das heißt Vervollkommnung der horizontalen oder vertikalen Struktur einer Holding etc.

Der Staat, welcher einst das russische Privatisierungsmodell ins Leben gerufen hat (wohl unter sehr vielen Systemeinschränkungen und unter Zeitdruck), hat die Herausbildung der gegenwärtigen Eigentumsformen mitverantworten – somit auch die Methoden der (notfalls widerrechtlichen) Überwindung der als Folge entstandenen institutionellen Sackgassen. Darüber hinaus ist es nur mit Hilfe der Staatsdiener – welche den Aktivitäten von ‚schwarzen Raidern‘ Rückendeckung sichern und Informationsressourcen zur Verfügung stellen – möglich, dass Attacken mit semilegalen Techniken effizienter als andere – rechtmäßige – Methoden der M&A sind.

Über den Autoren:

Prof. Dr. Alexander Tschepurenko ist Dekan der Soziologischen Fakultät der State University – Higher School of Economics in Moskau.

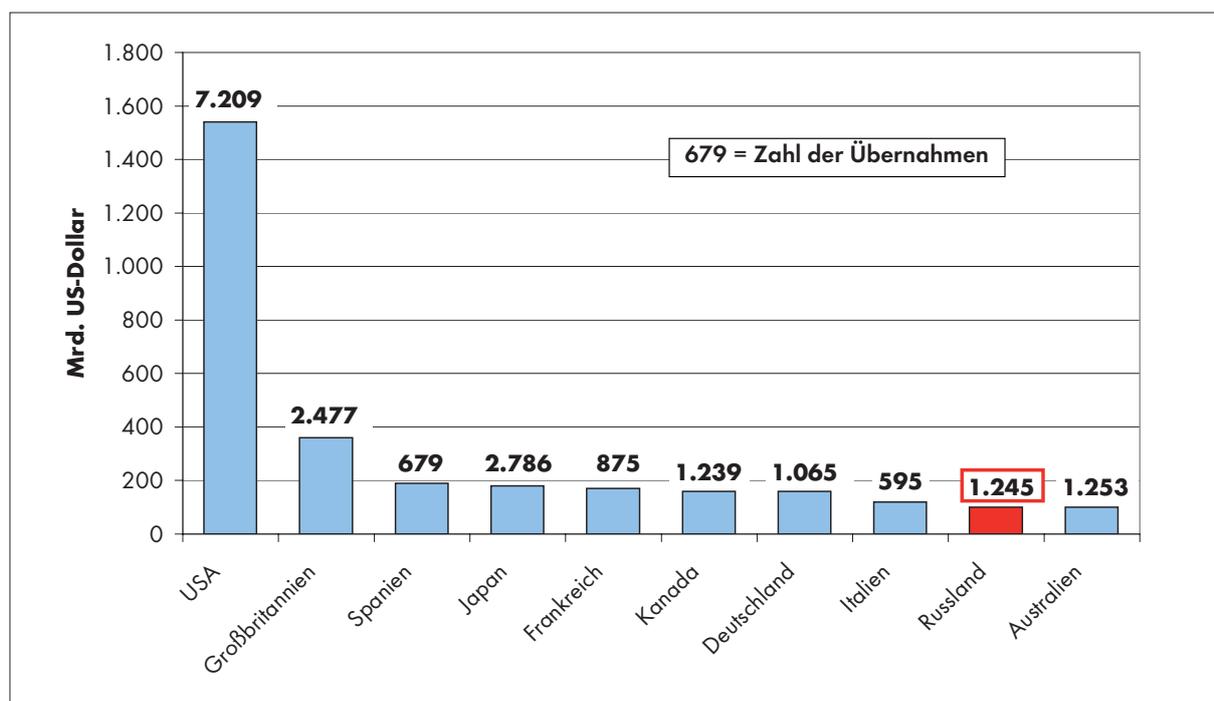
Lesetipp:

Eine ausführliche Fassung des Beitrages erscheint im Sommer in: Heiko Pleines (Hg.): Corporate Governance in post-sozialistischen Volkswirtschaften, Ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007

Tabellen und Grafiken zum Text

Daten zu Mergers & Acquisitions in Russland

Grafik 1: Russische M&A-Deals im internationalen Vergleich (2006)



Quelle: Economist, 13.1.2007, S.86 nach Dealogic

Tabelle 1: Öffentlich ausgetragene mit M&A verbundene Konflikte, nach Branchen, 2005

Branche	2005 begonnene Konflikte		Laufende Konflikte		2005 abgeschlossene Konflikte	
	Anzahl	Summe (in Mio. USD.)	Anzahl	Summe (in Mio. USD)	Anzahl	Summe (in Mio. USD)
Maschinenbau	9	215,0	11	239,0	2	20,0
Holzverarbeitung und Papier	4	338,5	4	388,5	1	20,0
Bauwirtschaft	9	540,0	6	624,0	8	524,0
Chemie	3	508,0	6	486,0	1	100,0
Energieförderung	5	1166,0	5	1195,0	3	276,0
Transport	4	285,0	4	49,0	4	294,0
Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion	2	172,0	4	191,0	2	40,0
Metallurgie	3	213,0	4	233,0	2	37,0
Telekommunikation	3	584,8	3	584,8	-	-
Sonstige	7	196,0	6	167,0	3	145,0
Insgesamt:	48	4218,3	53	4157,3	26	1456,0

 Quelle: „Slijanija i pogloshenija“ <http://www.ma-journal.ru/statma/>

Tabelle 2: Die größten M&A-Deals im Jahre 2005 in Russland

Gegenstand der Transaktion	Käufer	Branche	Wert in Mrd. USD
72,663 % der Aktien der „Sibneft“-AG	„Gasprom“	Erdöl und Erdgas	13,1
100% der Aktien von Nelson Resources Limited	„LUKOIL“	Erdöl und Erdgas	2,0
100% der Aktien der „Überregionalen wissenschaftlichen und Produktionsvereinigung „Polymetall“-AG	„Nafta-Moskau“ AG	Engineering	0,9
Alle Zementaktiva von „INTECO“: Aktien-Kontrollpakete der „Oskolcement“-AG, „Belgorodski cement“ GmbH, „Pikalevsky cement“ GmbH, „Podgorensky cementnik“ AG, der „Kramatorsky cementny zavod „Pushka“-AG	Holding „EUROCEMENT Group“	Bauwirtschaft	0,8
100% der Aktien von „Saratovneftegas“ AG, „Orsknefteorgsyntes“ AG, „Orenburgnefteprodukt“ AG und „Neftemaslozavod“ AG	EK „Russneft“	Erdöl und Erdgas	0,6
62% der Aktien von Lucchini	„Severstahl“ AG	Metallurgie	0,6
100% der Aktien der „Multon“ GmbH	Coca-Cola HBC	Lebensmittel	0,5
60% der Aktien der „United Finance Group“ (UFG) GmbH	Deutsche Bank	Finanzwirtschaft	0,5
50% der Aktien von „Fosagro“ AG	Management	Chemie	0,4
Aktien-Kontrollpaket der „Permsker Motorwerk“ AG	„Vneshtorgbank“ AG	Maschinenbau	0,4
50% der Aktien der „SeverTEK“ GmbH	„LUKOIL“	Erdöl und Erdgas	0,3
Immobilienkomplex der „Nishnekamsker Raffinerie“ AG	„TAIF“ AG	Erdöl und Erdgas	0,3
100% der Aktien der „DSK-3“ AG	Gruppe „PIK“	Bauwirtschaft	0,3
85,48% der Aktien der „Mosinshstroy“ AG	Konzern „Neftjanoj“	Bauwirtschaft	0,3
75% + 3 Aktien der „Promyshlennno-stroitelnyj bank“ AG	„Vneshtorgbank“ AG	Finanzwirtschaft	0,3
98,96% der Aktien von Vitkovice Steel	GmbH „EvrazHolding“	Metallurgie	0,3
99,2% der Anteile an „Aldanzoloto „GRK““ GmbH, 50% der Aktien der „Jushno-Verchojanskaja Bergwerk“ AG, 100% der Aktien der „Jakutsker Berggesellschaft“ AG	„Poljus“ GmbH	Engineering	0,3
100% der Aktien des „Ukraine“-Hotels AG	„Bisquit“ AG	Dienstleistungen	0,3
81% der Aktien der „Belokalivenskoe Metallurgie-Produktionsvereinigung“ AG, Aktien-Kontrollpaket der „Samara Bergwerk“ AG	ALCOA	Metallurgie	0,3
65% der Aktien der „Korjakgeoldobycha“ GmbH	Viktor Wechselberg	Engineering	0,3

Quelle: „Slijanija i pogloshenija“ <http://www.ma-journal.ru/statma/>

Dokumentation

Russland in wirtschaftsbezogenen Länderratings

Teil 1: Wirtschaftssystem

Index of Economic Freedom

Erstellt von: Heritage Foundation und Wall Street Journal (USA)

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.

Erfasste Länder: 157

Internetadresse: www.heritage.org/research/features/index/index.cfm

Kurzbeschreibung:

Die Indexbildung ist 2007 überarbeitet worden. Der Index of Economic Freedom bewertet nun jeweils über ausgewählte statistische Indikatoren und Indizes zehn Wirtschaftsbereiche: Geschäftsumfeld (staatliche Regulierung grundlegender unternehmerischer Tätigkeiten), Handel, Steuern, Staatseingriff (direkte staatliche Wirtschaftsaktivität), Geldpolitik, Investitionen, Bankensystem, Eigentumsrechte, Freiheit von Korruption, Arbeitsmarkt. Die Bewertung aller Indikatoren erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die bestmögliche Bewertung darstellt. Der Indexwert wird als einfacher Durchschnitt der zehn Indikatorenwerte gebildet.

Grafik 1: Index of Economic Freedom: Indexwerte und Platzierungen 2007

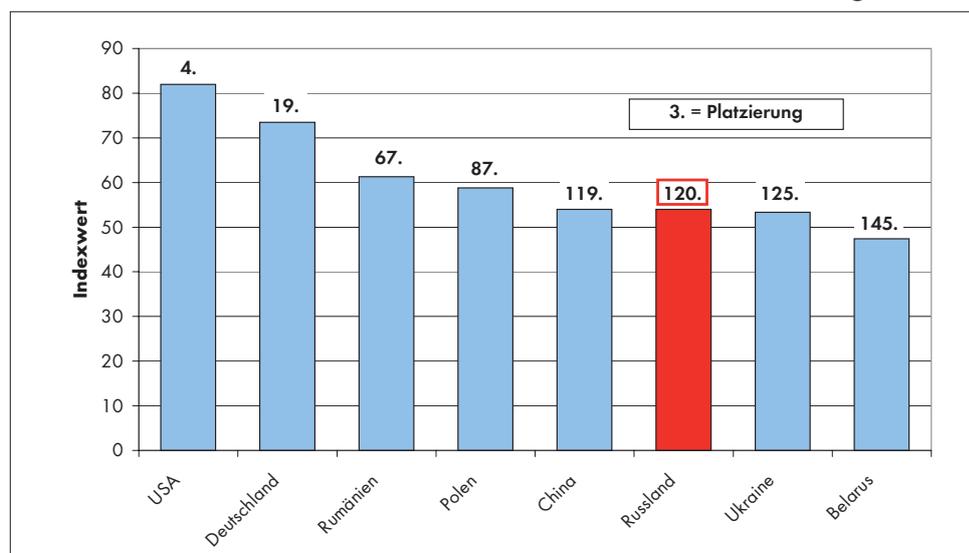
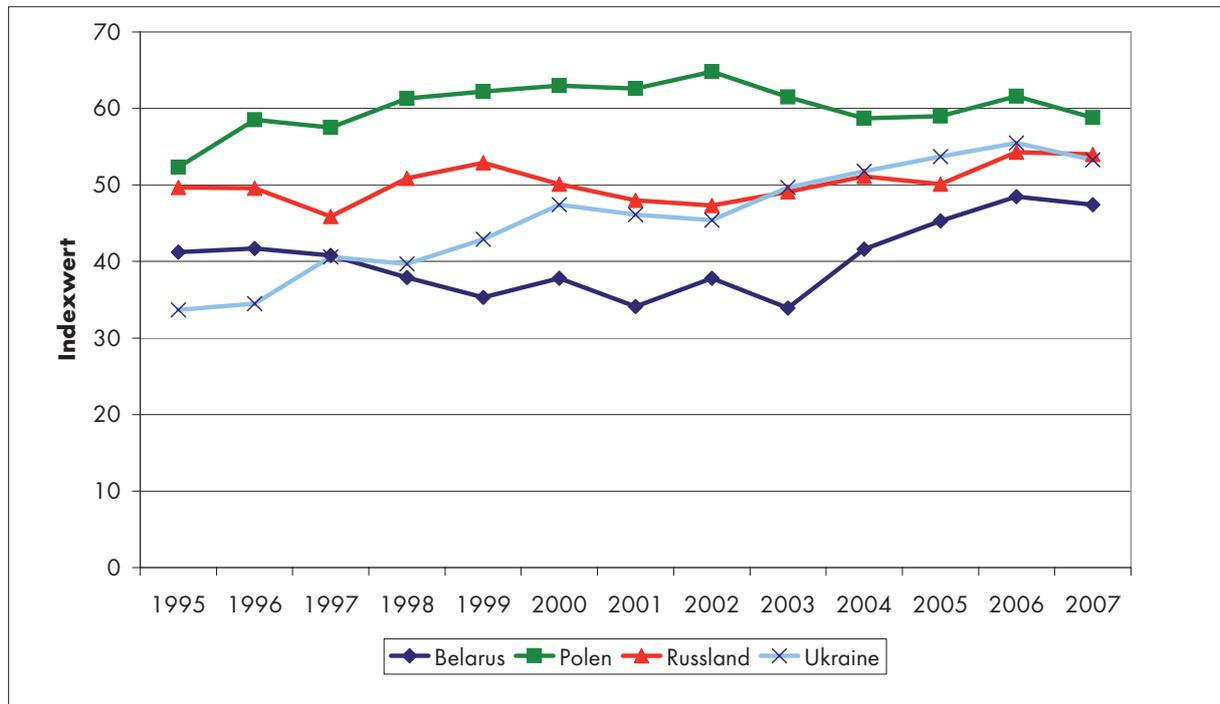


Tabelle 1: Index of Economic Freedom: Einzelwerte 2007

	USA	Deutschland	Rumänien	Polen	China	Russland	Ukraine	Belarus
Geschäftsumfeld	94,5	88,2	70,9	56,1	54,9	66,6	54,0	54,5
Handel	76,6	76,6	74,0	76,6	68,0	62,6	72,2	62,2
Steuern	79,4	74,3	91,7	79,1	77,7	86,3	89,1	87,9
Staatseingriff	67,5	48,0	74,9	55,3	88,6	71,6	61,9	66,9
Geldpolitik	83,8	81,5	69,7	80,3	75,5	62,8	68,4	61,4
Investitionen	80	90	50	50	30	30	30	20
Bankensystem	80	50	60	50	30	40	50	10
Eigentumsrechte	90	90	30	50	20	30	30	20
Korruption	76,0	82,0	30,0	34,0	32,0	24,0	26,0	26,0
Arbeitsmarkt	92,1	54,6	61,4	56,2	63,5	66,2	51,8	64,7
Gesamtwert	82,0	73,5	61,3	58,8	54,0	54,0	53,3	47,4

Grafik 2: Index of Economic Freedom: 1995 – 2007



Global Competitiveness Index (GCI)

Erstellt von: World Economic Forum

Seit: 2005 (2001 bis 2004: Growth Competitive Index)

Indexwerte sind jeweils für das Vorjahr.

Häufigkeit: jährlich

Erfasste Länder: 125

Internetadresse: <http://www.weforum.org/en/initiatives/gcp/Global%20Competitiveness%20Report/index.htm>

Kurzbeschreibung:

Der Index basiert auf 90 Indikatoren aus neun Bereichen, die als zentral für Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit gesehen werden: institutionelles Geschäftsumfeld (staatliche Regulierung, Sicherheit, Korruption, Transparenz), Infrastruktur (Transport, Energie, Telekommunikation), volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen, Gesundheit und Bildung, Hochschulwesen und berufliche Weiterbildung, Markteffizienz (staatliche Regulierung, Wettbewerb, Außenhandel, Arbeitsmarkt, Finanzmärkte), Technologieintensität (Aufnahmebereitschaft von Unternehmen, Gesetze, Verbreitung von PCs, Mobilfunk, Internet), Unternehmensführung (Qualität der Organisation zentraler Unternehmensaktivitäten), Innovation (Umfang der Forschung, Gesetze, Patente).

Die Mehrheit der Indikatoren erfasst statistische Daten. Zusätzlich werden jedoch einzelne Indikatoren auch über die Einschätzung von Geschäftsleuten bewertet. Dazu werden in den 125 einbezogenen Ländern insgesamt über 11.000 Geschäftsleute befragt.

Die neun Bereiche des Index werden in drei Subindizes zusammengefasst, die jeweils auf ein bestimmtes wirtschaftliches Entwicklungsstadium Bezug nehmen sollen: Grundlagen, Effizienzverbesserung, Innovationsförderung. Subindizes und Gesamtindex werden als ungewichteter Durchschnitt der jeweils einbezogenen Bereichswerte gebildet.

Grafik 3: Global Competitiveness Index: Indexwerte und Platzierungen 2007

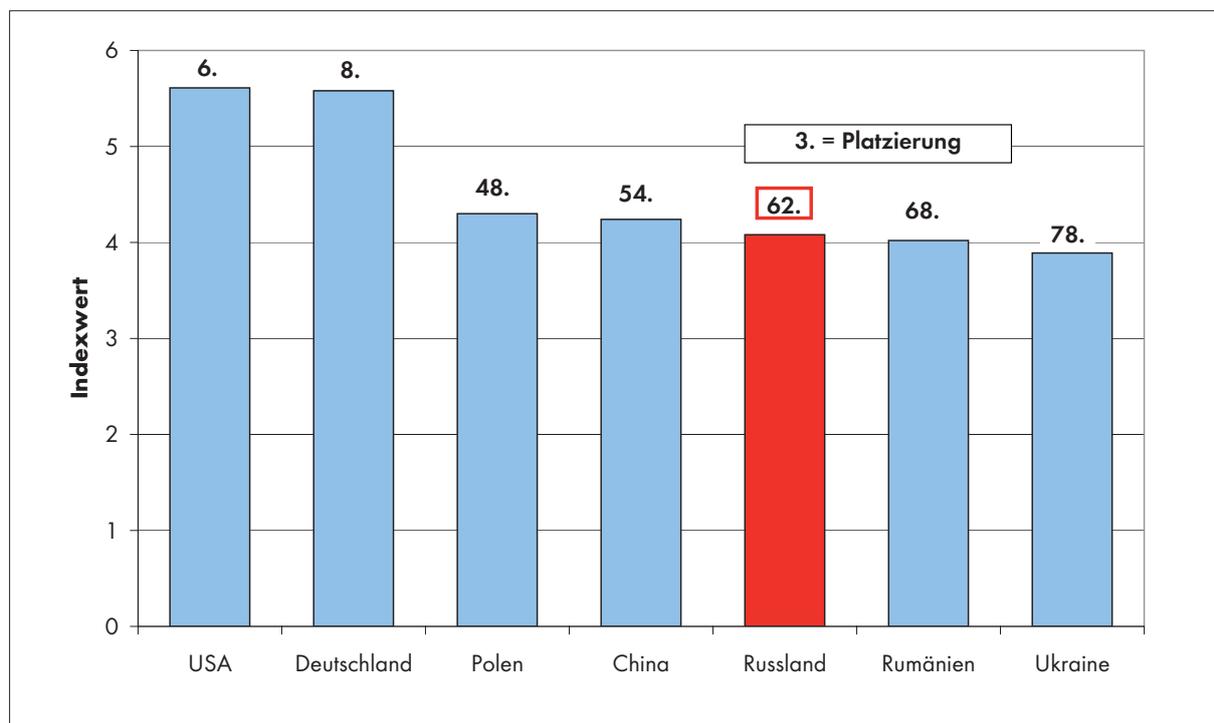


Tabelle 2: Global Competitiveness Index: Einzelwerte 2007

	USA	Deutschland	Polen	China	Russland	Rumänien	Ukraine
Geschäftsumfeld	4,84	5,69	3,62	3,51	2,97	3,40	3,14
Infrastruktur	5,82	6,51	3,64	3,54	3,52	3,05	3,30
Volkswirtschaft	4,37	4,44	4,34	5,72	4,95	3,94	4,27
Gesundheit/Bildung	6,60	6,37	6,76	6,44	6,29	6,38	5,88
<i>1. Subindex: Grundlagen</i>	<i>5,41</i>	<i>5,75</i>	<i>4,59</i>	<i>4,80</i>	<i>4,43</i>	<i>4,19</i>	<i>4,15</i>
Hochschulen	5,82	5,42	4,79	3,68	4,44	4,34	4,35
Markteffizienz	5,67	5,09	4,16	4,22	4,20	4,03	3,96
Technologie	5,49	5,16	3,56	3,07	3,10	3,59	2,71
<i>2. Subindex: Effizienzverbesserung</i>	<i>5,66</i>	<i>5,22</i>	<i>4,17</i>	<i>3,66</i>	<i>3,91</i>	<i>3,99</i>	<i>3,68</i>
Unternehmensführung	5,78	6,26	4,13	4,05	3,83	3,89	3,84
Innovation	5,72	5,51	3,74	3,44	3,28	3,14	3,11
<i>3. Subindex: Innovation</i>	<i>5,75</i>	<i>5,89</i>	<i>3,80</i>	<i>3,75</i>	<i>3,55</i>	<i>3,52</i>	<i>3,47</i>
Gesamtindex	5,61	5,58	4,30	4,24	4,08	4,02	3,89

Teil 2: Geschäftsumfeld

Obstacles to doing business

Erstellt von: Weltbank

Seit: 2003

Häufigkeit: jährlich

Daten sind jeweils für das Vorjahr.

Erfasste Länder: 175

Internetadresse: <http://www.doingbusiness.org>

Kurzbeschreibung:

In ihrer Doing Business Datenbank erfasst die Weltbank jedes Jahr die staatliche Regulierung insgesamt 10 verschiedener Geschäftsaktivitäten mit statistischen Kennzahlen bzw. Indizes. Dabei machen insgesamt 5.000 Experten (Anwälte, Consultants, Rechnungsprüfer und Mitarbeiter der staatlichen Wirtschaftsverwaltung). Angaben zur Abwicklung der Aktivitäten eines hypothetischen mittelständischen Durchschnittsunternehmens in der größten Stadt des Landes. Zusätzlich bildet die Weltbank für jede Geschäftsaktivität seit 2005 eine internationale Rangliste.

Grafik 4: Obstacles to doing business. Platzierungen 2007

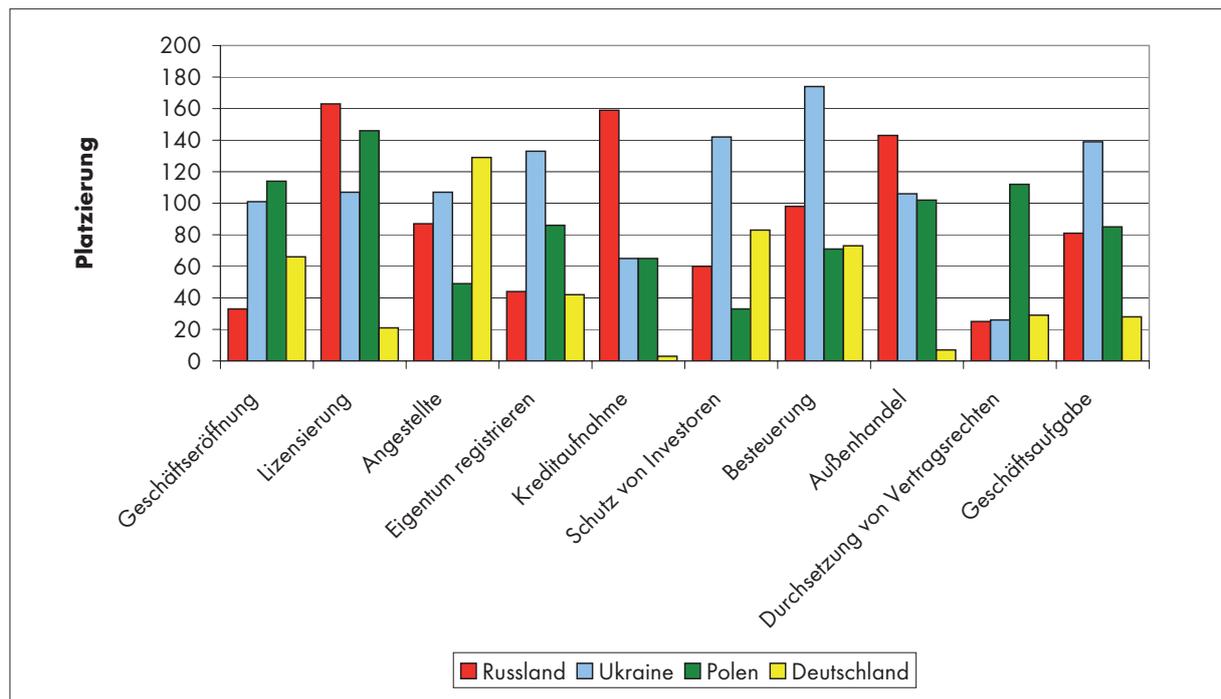


Tabelle 3: Obstacles to doing business: Einzelwerte 2007

Kriterium	Ukraine	Russland	Polen	Deutschland
Geschäftseröffnung				
Zahl der Verwaltungsakte	10	7	10	9
Dauer in Tagen	33	28	31	24
Kosten (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)	9%	3%	21%	5%
Internationale Platzierung	101	33	114	66
Lizensierung				
Zahl der Verwaltungsakte	18	22	25	11
Dauer in Tagen	242	531	322	133
Kosten (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)	187%	275%	86%	89%
Internationale Platzierung	107	163	146	21
Angestellte				
Einstellungsindex	44	33	0	33
Arbeitszeitindex	40	60	60	60
Entlassungsindex	80	40	40	40
Flexibilitätsindex	55	44	33	44
Lohnnebenkosten (als Anteil Gesamtlohn)	39	31	21	19
Abfindung (in Wochenlöhnen)	13	17	13	69
Internationale Platzierung	107	87	49	129
Eigentum registrieren				
Zahl der Verwaltungsakte	10	6	6	4
Dauer in Tagen	93	52	197	40
Kosten (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)	3%	0,3%	2%	5%
Internationale Platzierung	133	44	86	42
Kreditaufnahme				
Rechtsschutzindex	8	3	4	8
Kreditinformationsindex	0	0	4	6
Staatliche Gläubigerdatenbank (erfasster Teil der Bevölkerung)	0	0	0	0,5
Private Gläubigerdatenbank (erfasster Teil der Bevölkerung)	0	0	38,1	93,9
Internationale Platzierung	65	159	65	3
Schutz von Investoren				
Transparenz (Skala 0-10)	1	7	7	5
Haftbarkeit des Managements (Skala 0-10)	3	2	2	5
Hindernisse für Aktionärsklagen (Skala 0-10)	7	7	9	5
Investorenschutzindex (Skala 0-10)	3,7	5,3	6,0	5,0
Internationale Platzierung	142	60	33	83
Besteuerung				
Zahlungstermine pro Jahr	98	23	43	32

Kriterium	Ukraine	Russland	Polen	Deutschland
Zeitaufwand in Stunden pro Jahr	2.185	256	175	105
Steuerhöhe (als Anteil am Gewinn)	60%	54%	38%	57%
Internationale Platzierung	174	98	71	73
Außenhandel				
Anzahl der erforderlichen Dokumente für Ausfuhren	6	8	6	4
Zeitaufwand (in Tagen)	33	39	19	6
Kosten (US-Dollar pro Container)	1,009	2,237	2,260	731
Anzahl der erforderlichen Dokumente für Einfuhren	10	8	7	4
Zeitaufwand (in Tagen)	46	38	26	6
Kosten (US-Dollar pro Container)	1,025	2,237	2,260	750
Internationale Platzierung	106	143	102	7
Durchsetzung von Vertragsrechten				
Zahl der Verwaltungsakte	28	31	41	30
Dauer in Tagen	183	178	980	394
Kosten (als Anteil am Wert der Forderung)	16%	14%	10%	11%
Internationale Platzierung	26	25	112	29
Geschäftsaufgabe				
Zeit (in Jahren)	2,9	3,8	3,0	1,2
Kosten (Anteil am Firmenwert)	42	9	22	8
Recovery rate (in %)	8,7	28,7	27,9	53,1
Internationale Platzierung	139	81	85	28

Worldwide Governance Indicators – Regulation

Erstellt von: Weltbank

Seit: 1996

Häufigkeit: jährlich (bis 2002 alle zwei Jahre)

Indexwerte sind für das jeweilige Stichjahr (und erscheinen mit über einem Jahr Verzögerung.)

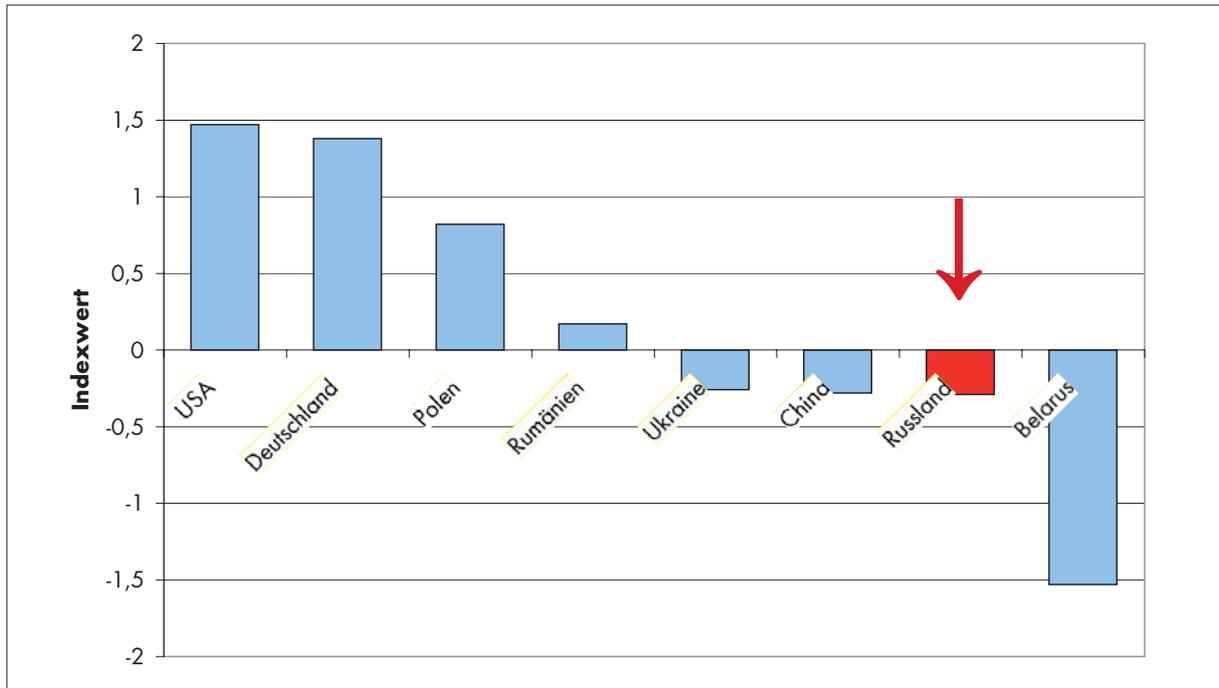
Erfasste Länder: 213

Internetadresse: www.worldbank.org/wbi/governance/govdata/

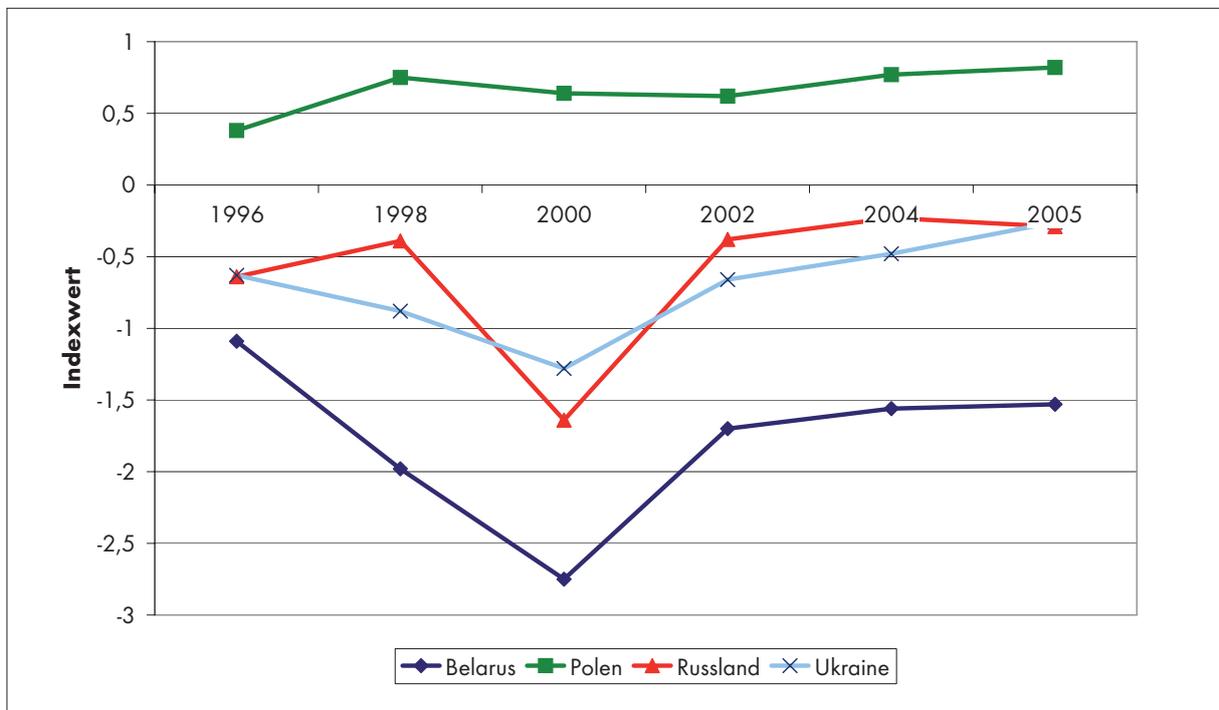
Kurzbeschreibung:

Die Indikatoren basieren auf der Auswertung von relevanten Umfragen unter Wirtschaftsvertretern, Bevölkerung und Experten. Für 2006 wurden so 31 Erhebungen von 25 unterschiedlichen Organisationen benutzt. Die Indikatoren werden in 6 Kategorien gruppiert, von denen die Kategorie Regulierung sich ausschließlich auf das Geschäftsumfeld bezieht. Der entsprechende Indexwert gibt den nach Zuverlässigkeit der Quelle gewichteten Durchschnittswert aller relevanten Datenquellen. Der Durchschnittswert über alle Länder wird als 0 gesetzt. Ein negativer Indexwert für ein Land ist also unterdurchschnittlich, ein positiver Indexwert überdurchschnittlich. Die Indexwerte bewegen sich im Bereich von -2,5 bis + 2,5.

Grafik 5: Worldwide Governance Indicators – Regulation: Indexwerte 2005



Grafik 6: Worldwide Governance Indicators – Regulation: 1996 – 2005



Business Competitiveness Index (BCI)

Erstellt von: World Economic Forum

Seit: 2001

Indexwerte sind jeweils für das Vorjahr.

Häufigkeit: jährlich

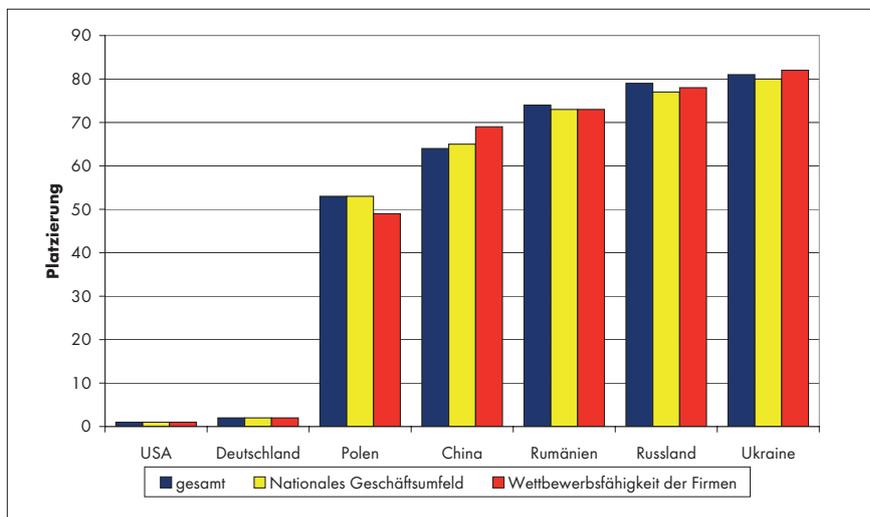
Erfasste Länder: 121

Internetadresse: <http://www.weforum.org/en/initiatives/gcp/Global%20Competitiveness%20Report/index.htm>

Kurzbeschreibung:

Der Index erfasst das jeweilige nationale Geschäftsumfeld und die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen. Der Index basiert auf den entsprechenden Indikatoren des Global Competitiveness Index (siehe oben), von dem für das nationale Geschäftsumfeld die Bereiche Markteffizienz und Innovation sowie für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen die Bereiche Unternehmensführung sowie Hochschulwesen und berufliche Weiterbildung (mit Fokus auf Managerausbildung) relevant sind.

Grafik 7: Business Competitiveness Index: Platzierungen 2007



Index of Economic Freedom – Business Freedom

Erstellt von: Heritage Foundation und Wall Street Journal (USA)

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.

Erfasste Länder: 157

Internetadresse: www.heritage.org/research/features/index/index.cfm

Kurzbeschreibung:

Der oben vorgestellte Index of Economic Freedom erfasst das Geschäftsumfeld (business freedom bzw. regulation) als einen Teilbereich. Die Bewertung erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die bestmögliche Bewertung darstellt.

Tabelle 4: Index of Economic Freedom: Geschäftsumfeld 1995 – 2007

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Belarus	50	50	50	30	30	30	10	10	10	10	10	53,9	54,5
Polen	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	67,4	58,8
Russland	70	50	30	30	30	30	30	30	30	30	30	66,1	66,6
Ukraine	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	53,3	54,0

Teil 3: Korruption

Corruption Perception Index

Erstellt von: Transparency International

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

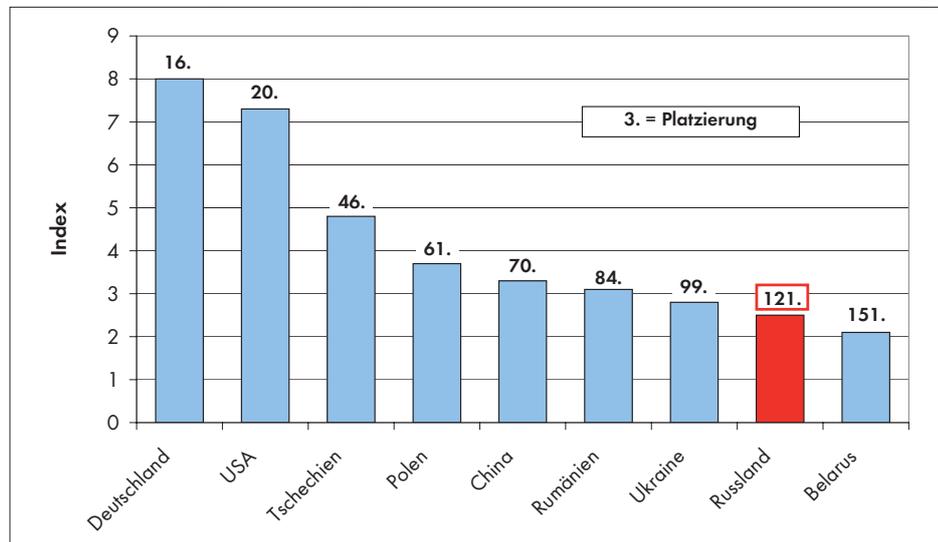
Erfasste Länder: 163

Internetadresse: <http://www.transparency.org>

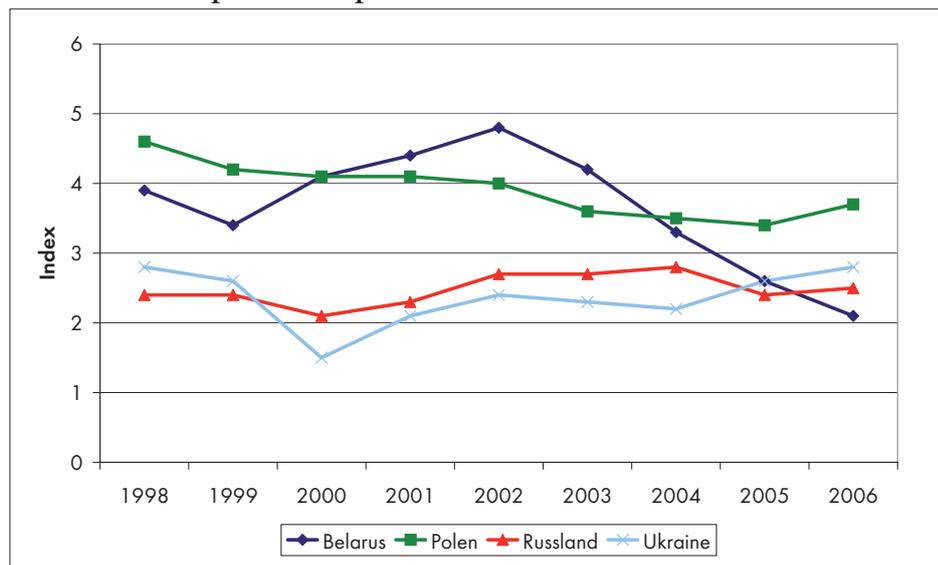
Kurzbeschreibung:

Der Index ergibt sich durch Auswertung von verschiedenen (pro Land mindestens drei voneinander unabhängigen) Datenquellen zur Wahrnehmung von Korruption im jeweiligen Land durch befragte Geschäftsleute und Experten. Die Ergebnisse werden auf einer Skala von 0 (extrem korrupt) bis 10 (nicht korrupt) erfasst.

Grafik 8: Corruption Perception Index 2006: Indexwert und Platzierung



Grafik 9: Corruption Perception Index 1998–2006



Anmerkung: 2001 liegt für Belarus kein Wert vor.

Worldwide Governance Indicators – Corruption control

Erstellt von: Weltbank

Seit: 1996

Häufigkeit: jährlich (bis 2002 alle zwei Jahre)

Indexwerte sind für das jeweilige Stichjahr (und erscheinen mit über einem Jahr Verzögerung.)

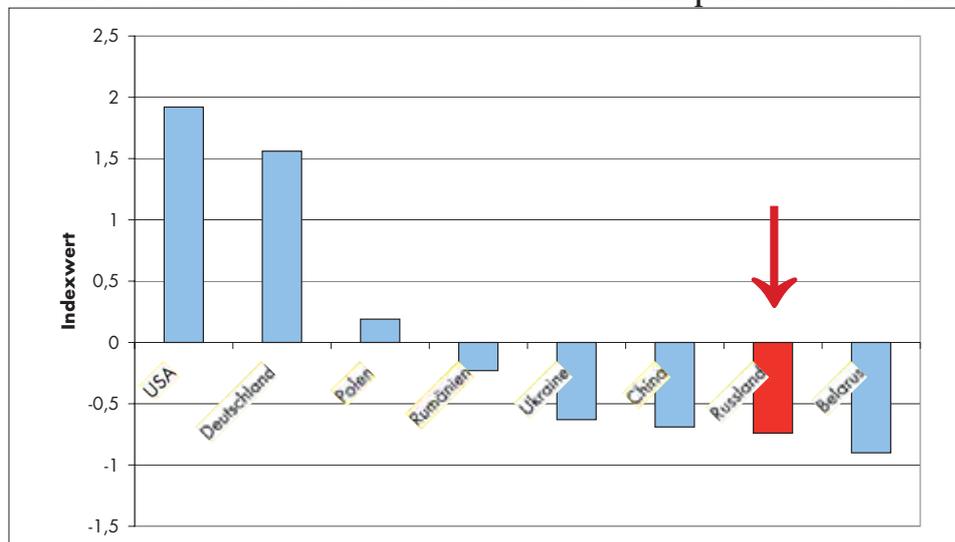
Erfasste Länder: 213

Internetadresse: www.worldbank.org/wbi/governance/govdata/

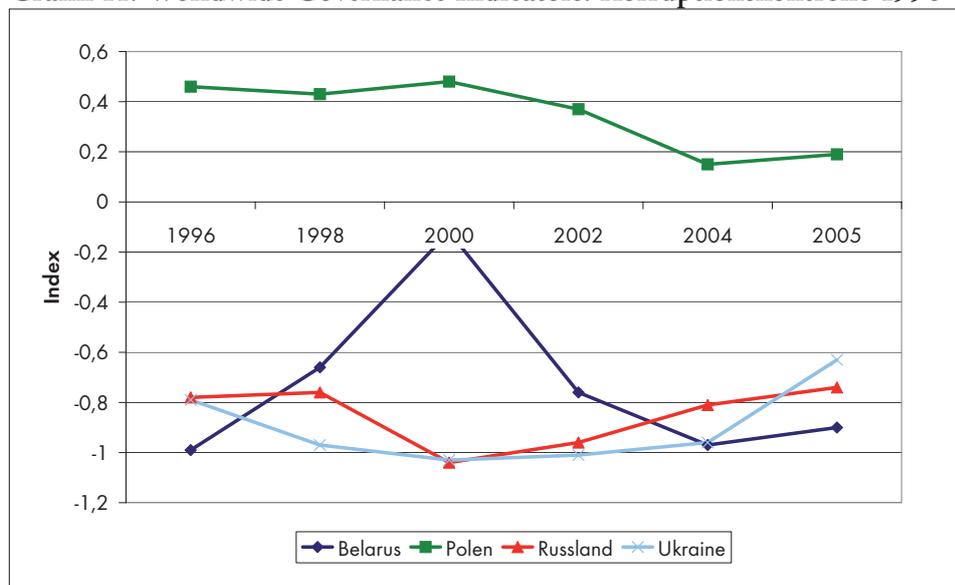
Kurzbeschreibung:

Die Indikatoren basieren auf der Auswertung von relevanten Umfragen unter Wirtschaftsvertretern, Bevölkerung und Experten. Für 2006 wurden so 31 Erhebungen von 25 unterschiedlichen Organisationen benutzt. Die Indikatoren werden in 6 Kategorien gruppiert, von denen eine Korruptionskontrolle ist. Der entsprechende Indexwert gibt den nach Zuverlässigkeit der Quelle gewichteten Durchschnittswert aller relevanten Datenquellen. Der Durchschnittswert über alle Länder wird als 0 gesetzt. Ein negativer Indexwert für ein Land ist also unterdurchschnittlich, ein positiver Indexwert überdurchschnittlich. Die Indexwerte bewegen sich im Bereich von $-2,5$ bis $+2,5$.

Grafik 10: Worldwide Governance Indicators – Korruptionskontrolle: Indexwerte 2005



Grafik 11: Worldwide Governance Indicators: Korruptionskontrolle 1996–2005



Teil 4: Kreditwürdigkeit

Country credit ratings

Erstellt von: Fitch Ratings, Moody's, Standard & Poor's (S&P)

Häufigkeit: regelmäßig

Internetadressen: www.fitchratings.com, www.moody.com, www.standard&poors.ru

(Zeitreihen nach www.newsbase.com)

Kurzbeschreibung:

Die langfristige Kreditwürdigkeit von Ländern (wie auch von Firmen) wird von den drei großen weltweiten Ratingagenturen mit den drei Buchstaben A, B und C gekennzeichnet. Die ersten vier Kategorien (AAA, AA, A und BBB) gelten in Abstufungen als investitionswürdig. Die folgenden fünf Kategorien (BB, B, CCC, CC und C) gelten in Abstufungen als von Zahlungsunfähigkeit gefährdet (sogenannte „junk bonds“). Eine auf- bzw. absteigende Tendenz wird durch ein Plus oder Minus hinter der Buchstabenfolge angezeigt. Zusätzlich wird eine Prognose über die zukünftige Entwicklung gegeben (positiv, stabil, negativ). Weitere Kategorien beziehen sich auf Gläubiger mit Zahlungsrückständen oder Zahlungsunfähigkeit.

Abweichend verwende Moody's folgende Klassifizierungen: Aaa, Aa, A und Baa für investitionswürdige Anleihen sowie Ba, B, Caa, Ca und C für junk bonds. Anstelle von Plus und Minus hinter der Buchstabenfolge verwendet Moody's zur weiteren Differenzierung Zahlen von 1 bis 3. Die Klassifizierungen von Moody's sind damit eindeutig in die Bewertungen der anderen beiden Ratingagenturen konvertierbar.

Zusätzlich bewerten die Ratingagenturen auch die kurzfristige Kreditwürdigkeit, die Anleihen mit kurzer Laufzeit erfasst. Außerdem wird zwischen Anleihen in einheimischer Währung und in Devisen (US-Dollar oder Euro) unterschieden. Teilweise veröffentlichen die Ratingsagenturen auch nur auf den nationalen Kontext bezogene Ratings, in denen der im nationalen Vergleich beste Emittent mit AAA gewertet wird. Das zentrale Rating zur Bewertung der Kreditwürdigkeit eines Landes ist aber auf langfristige Devisenanleihen im internationalen Vergleich bezogen. Die entsprechenden Werte werden im folgenden vorgestellt.

Tabelle 5: Kreditratings 2001 – 2007

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Fitch Russland	B+	BB-	BB+	BBB-	BBB	BBB+	BBB+
Moody's Russland	BB	BB	BBB-	BBB	BBB	BBB	BBB
S&P Russland	B+	BB	BB	BB+	BBB	BBB+	BBB+
Fitch Ukraine	B-	B	B+	B+	BB-	BB-	BB-
Moody's Ukraine	CCC+	B	B	B+	B+	B+	B+
S&P Ukraine	B	B	B	B+	BB-	BB-	BB+

Anmerkung: Verwendet wurde jeweils das zum Jahresende gültige Rating.

Teil 5: Sozioökonomisches Entwicklungsniveau

Human Development Index (HDI)

Erstellt von: United Nations Development Program (UNDP)

Seit: 1990 (außerhalb der sozialistischen Staaten rückwirkend bis 1975)

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Stichjahr und werden mit zwei Jahren Verzögerung publiziert.

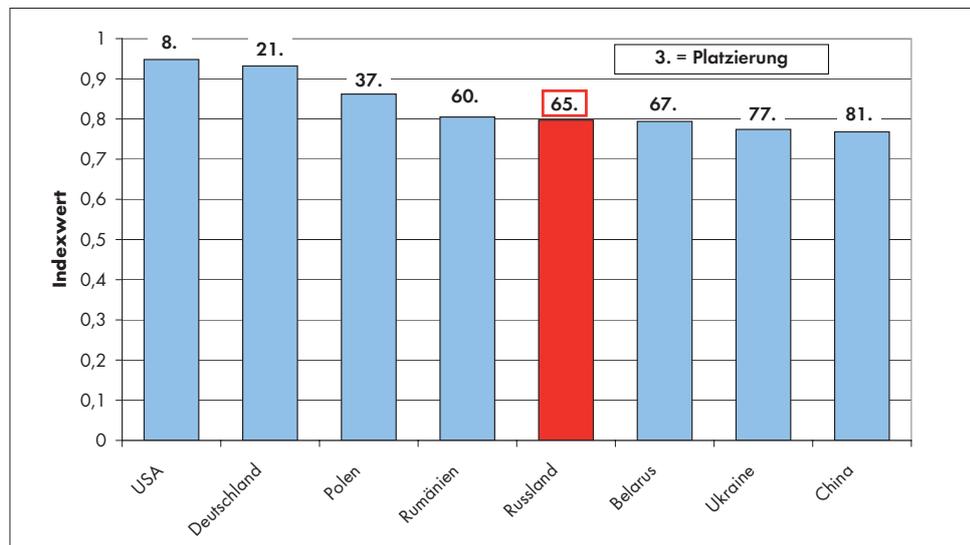
Erfasste Länder: 177

Internetadresse: www.undp.org

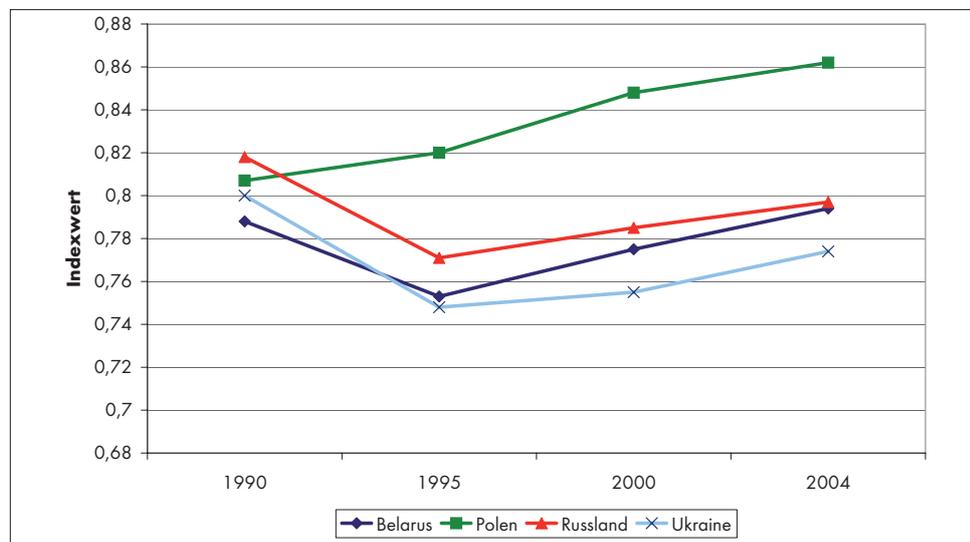
Kurzbeschreibung:

Der Index soll die „durchschnittlichen Errungenschaften eines Landes in drei grundlegenden Bereichen messen: langes und gesundes Leben, Wissen und annehmbarer Lebensstandard. Dazu werden vier grundlegende statistische Kennzahlen (Lebenserwartung, Alphabetenrate, kombinierte Schul- und Hochschulausbildungsrate, BIP pro Kopf in Kaufkraftparität) indiziert und zu einem Gesamtwert kombiniert, der zwischen 0 und 1 liegt. Ein Wert ab 0,8 steht dabei für hohes Entwicklungsniveau. Ein Wert von 0,5 bis 0,8 für ein mittleres Niveau und ein Wert unter 0,5 für ein niedriges Niveau.

Grafik 12: Human Development Index: Indexwerte und Platzierungen 2004



Grafik 13: Human Development Index: 1975 – 2004



Statistik
Die Entwicklung der russischen Volkswirtschaft 1997 – 2006

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
BIP (Veränderung zum Vorjahr)	1,4%	- 5,3%	6,4%	10,0%	5,1%	4,2%	7,3%	7,2%	6,4%	6,9%
Investitionen (Veränderung zum Vorjahr)	- 5,0%	-12,0%	5,3%	17,4%	10,0%	2,8%	12,5%	11,7%	10,7%	13,5%
Ausländische Direktinvestitionen (in Mrd. USD)	5,3	3,4	4,3	4,4	4,0	4,0	6,8	9,4	14,2	31,0
Güterexporte (in Mrd. USD)	86,9	74,4	75,6	105,0	101,9	107,3	135,9	183,5	245,3	304,5
Güterimporte (in Mrd. USD)	72,0	58,0	39,5	44,9	53,8	61,0	76,1	96,3	125,1	163,9
Außenwirtschaftsbilanz (in Mrd. USD)	- 0,1	0,2	24,6	46,8	33,9	29,1	35,4	58,6	84,2	k.A.
Außenschulden (in Mrd. USD)			130,8	115,5	102,0	95,7	96,9	95,7	70,1	50,1 (Sept.)
Devisenreserven (in Mrd. USD)	17,8	12,2	12,5	27,9	36,6	47,8	76,9	124,5	168,4	303,7
Inflationsrate	11%	84%	37%	20%	19%	15%	12%	12%	11%	9%
Wechselkurs zum US-Dollar	5,96	20,65	27,00	28,16	30,14	31,78	29,45	27,75	28,78	26,33
Arbeitslosenquote (ILO Daten)	10,7%	12,1%	12,4%	10,7%	9,1%	8,0%	8,3%	8,1%	7,6%	6,5%
Durchschnittlicher Monatslohn (in USD)	164	108	62	79	111	142	180	237	301	ca. 420

Quellen: Rosstat (Russischer Staatlicher Dienst für Statistik), www.gks.ru; Russische Zentralbank, www.cbr.ru.

Dokumentation

Ergebnisse der „Landtagswahlen“ in 14 Föderationssubjekten

Quelle: Angaben nach dem jeweiligen Protokoll Nr. 2 auf der Website der regionalen Wahlkommissionen (Zugang über die Website der Zentralen Wahlkommission <www.cikrf.ru/>, Stand: 15.3.2007); Komi und Omsk ergänzt nach <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=749287>>, Stand 12.3.2007.

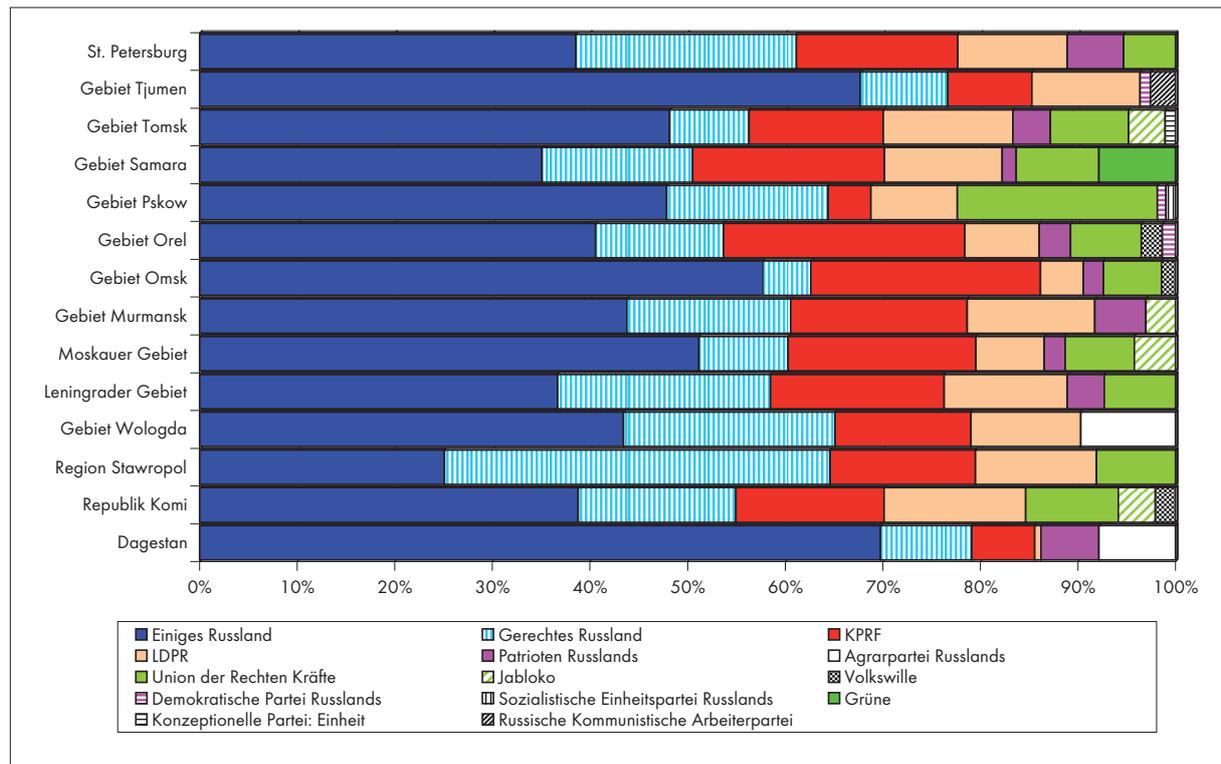
Am 11.3.2007 fanden in 14 Regionen Wahlen zu den Vertretungskörperschaften statt. Diesem Wahlgang kommt deshalb eine gewisse Bedeutung zu, weil dies der erste Test für die neu gegründete Partei „Gerechtes Russland“ ist. Seit der Herauslösung des russischen Staates aus der Sowjetunion hat sich die politische Führung bemüht, Parteien zu entwickeln, auf die sich die herrschende Gruppe in der Öffentlichkeit und im Parlament stützen könnte. Die ersten Projekte – „Russlands Wahl“ und „Unser Haus Russland“ – scheiterten rasch. Bei den Wahlen 1999 konkurrierten zwei ‚administrative Parteien‘ – „Einheit“ und „Vaterland – Ganz Russland“ –, die sich schließlich zu „Einiges Russland“ vereinigten. Diese Partei erreichte 2003 bei den Parlamentswahlen immerhin fast 40% der Listenstimmen und – Folge der Besonderheiten des russischen Wahlgesetzes – eine Zwei-Drittel-Mehrheit in der Duma. In der zweiten Amtszeit Putins machte sich die Präsidentialverwaltung daran, das russischen Parteiensystem administrativ fortzuentwickeln. Nach „Einheit“, die als Partei rechts der Mitte angesprochen werden kann, gründete man nun eine Partei, die eher links der Mitte angesiedelt ist.

In den Regionalwahlen am 11. März 2007 stellte sich dieses neue politische Kunstgebilde nun den Wählern in 14 Föderationssubjekten. Tatsächlich erzielte „Gerechtes Russland“ einen Achtungserfolg und konnte sich in den meisten Regionen neben den Kommunisten als zweit- bzw. drittstärkste Kraft etablieren. Das ist ein guter Ausgangspunkt für die Dumawahlen im Dezember. „Gerechtes Russland“ ist in das Wählerpotential der Kommunisten eingebrochen und hat diese weiter geschwächt. Insofern ist das „Kreml-Projekt“ einer zweiten Partei erfolgreich. Liberale Parteien spielen schon seit 2003 keine Rolle mehr in der russischen Politik, nationalpatriotische und linke werden durch die ‚administrativen Parteien‘ verdrängt. Bei den Dumawahlen im Dezember 2007 könnte es der Präsidentialadministration gelingen, ein Parlament zu formen, in dem eine artifizielle Regierungspartei einer artifiziiellen Opposition gegenübersteht.

Lesetipp:

Petra Stykow hat in den Russlandanalysen 115 und 127 zur Neuordnung des russischen Parteiensystems geschrieben.

Ergebnisse der Regionalwahlen vom 11.3.2007



Chronik
Vom 9. bis zum 15. März 2007

9.3.2007	Die Forbes-Liste 2007 nennt für Russland 53 Dollar-Milliardäre. Damit liegt Russland nach den USA und Deutschland an dritter Stelle. Das kumulative Vermögen der russischen Milliardäre liegt jedoch über dem der deutschen Milliardäre. Die ersten 10 Plätze nehmen unter den Russen ein: Roman Abramowitsch (40 Jahre, 18,7 Mrd. US\$), Suleiman Kerimow (41 , 14,4 Mrd.), Wladimir Lisin (50 , 14,3 Mrd.), Wladimir Potanin (46 , 13,5 Mrd.), Michail Prochorow (41 , 13,5 Mrd.), Oleg Deripaska (39 , 13,3 Mrd.), Michail Fridman (42 , 12,6 Mrd.), Wagit Alekperow (56 , 12,4 Mrd.), Alexej Mordaschow (41 , 11,2 Mrd.) und Viktor Wechselberg (49 , 10,4 Mrd.)
9.3.2007	Putin spricht vor neu ernannten Generälen der Sicherheitsdienste und stellt dabei die Leistungen der Dienste beim Wiederaufbau des Landes heraus.
10.3.2007	Viktor Kress, der Gouverneur von Tomsk, wird von der Regionalduma in seinem Amt bestätigt.
11.3.2007	In 14 Föderationssubjekten (Dagestan, Republik Komi, Region Stawropol, Gebiet Wologda, Leningrader Gebiet, Moskauer Gebiet, Gebiet Murmansk, Gebiet Omsk, Gebiet Orel, Gebiet Pskow, Gebiet Samara, Gebiet Tomsk, Gebiet Tjumen, St. Petersburg) finden Regionalwahlen statt. „Einiges Russland“ wird in der Regel stärkste Partei (Ausnahme: Stawropol), „Gerechtes Russland“ kann sich in einer Reihe von Regionen als zweitstärkste Partei etablieren.
11.3.2007	In Dagestan kommt es beim Wahlgang zu Unregelmäßigkeiten. U.a. wird ein Mann in einem Feuergefecht bei einem Wahllokal verletzt.
11.3.2007	In einem Referendum sprechen sich die Wähler des Gebiets Tschita und des Autonomen Bezirks der Burjaten von Aginsk mit 90,29% bzw. 94% für eine Zusammenlegung der beiden Regionen aus.
12.3.2007	Die drei großen Moskauer Nachrichtenagenturen zitieren eine ungenannte „Moskauer Quelle“, die erklärt, der Iran habe die russische diplomatische Unterstützung ausgebeutet, ohne seinerseits Konzessionen zu machen.
12.3.2007	Putin unterzeichnet ein Dekret, das den Wehrdienst auf ein Jahr verkürzt. Die Regelung tritt am 1. Juli 2008 in Kraft.
13.3.2007	Russische Umweltschutzbehörden gehen möglichen Umweltschutzverletzungen durch den französischen Mineralölkonzern „Total“ im Charjaga-Ölfeld nach.
13.3.2007	Der Europarat verurteilt die Anwendung von Folter durch die Sicherheitsorgane in Tschetschenien < http://cpt.coe.int/documents/rus/2007-17-inf-eng.pdf >.
13.3.2007	Putin benennt fünf Personen für die Zentrale Wahlkommission. Ihr amtierender Vorsitzender, Alexander Weschnjakow, ist nicht darunter. Die Wahlkommission besteht aus 15 Mitgliedern, von denen jeweils fünf vom Präsidenten, von der Duma und vom Föderationsrat ernannt werden.
13.3.2007	Staatsbesuch Putins in Italien. Er führt Gespräche mit dem italienischen Präsidenten Giorgio Napolitano in Rom und Ministerpräsident Romano Prodi in Bari. Putin wird im Vatikan von Papst Benedikt XVI. empfangen.
14.3.2007	In Neftekumsk (Stawropol) stellt die Polizei mehrere Untergrundkämpfer. Einer wird getötet, die beiden anderen festgenommen. Bei dem Feuergefecht wird ein Polizist getötet, ein zweiter verwundet.
14.3.2007	Anatolij Tschubajs, der Vorstandsvorsitzende des Strommonopolisten EES Rossii, wird mit Lungenentzündung ins Krankenhaus eingeliefert.
15.3.2007	Das Ehepaar Roman und Irina Abramowitsch gibt bekannt, dass es sich nach russischem Recht scheiden lässt. Roman Abramowitsch gilt mit einem Vermögen von 18,7 Mrd. US\$ als reichster Mann Russlands.
15.3.2007	Michail Prochorow, bisher Generaldirektor von „Norilsk Nickel“, der im Begriff ist, das gemeinsam mit Oleg Potanin geführte Wirtschaftsimperium zu verlassen, teilt mit, dass er seinen Posten aufgibt, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Sein Nachfolger wird Denis Morosow.
15.3.2007	Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Griechenland ein. In Athen erörtert er mit den Ministerpräsidenten von Griechenland und Bulgarien. Auf der Agenda stehen Fragen des Umweltschutzes, aber auch die Zukunft des Kosowo.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de